

Formulare für das Insolvenzverfahren

Die folgenden Formulare sind nur für Insolvenzverfahren über das Vermögen **natürlicher Personen** (nicht für Gesellschaften oder Vereine) und für zwei unterschiedliche Situationen gemacht:

1. entweder Sie möchten selbst einen Insolvenzantrag stellen
2. oder es wurde bereits ein Insolvenzantrag gestellt (z. B. von einem Gläubiger).

In jedem der beiden Fälle müssen Sie *Auskunft* über Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erteilen.

Hinweise zur Auskunftserteilung:

Diese ist eine gesetzliche Verpflichtung (§§ 97, 20 InsO). Sie müssen dabei **vollständige und richtige Angaben** machen. Manchmal hört man die Fehlvorstellung, man bräuchte sich bei Gericht nicht selbst belasten. Dies trifft im Insolvenzverfahren nicht zu, im Gegenteil: Im Insolvenzverfahren sind sogar solche Tatsachen zu offenbaren, die geeignet sind, eine Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit herbeizuführen. Ihre diesbezüglichen Auskünfte dürfen in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Sie oder einen Angehörigen allerdings nicht verwendet werden (soweit Sie nicht zustimmen).

Die Angaben müssen sorgfältig gemacht werden. Dies erfordert selbstverständlich Mühe und Zeit (vielleicht müssen Sie dazu erst Ihre Unterlagen sortieren...) Sicherlich haben Sie viele andere Aufgaben und Verpflichtungen, denen Sie sich lieber widmen würden.

Die Auskunftserteilung im Insolvenzverfahren geht aber allen anderen Aufgaben und Verpflichtungen vor. Das Gesetz bestimmt sogar, dass sich der Schuldner oder

die Schuldnerin „jederzeit“ für die Erfüllung der gesetzlichen Auskunfts- und Mitwirkungspflichten zur Verfügung stellen muss (§ 97 Abs. 3 InsO). Da die Auskunftserteilung im Insolvenzverfahren daher oberste Priorität hat und das Insolvenzverfahren regelmäßig ein Eilverfahren ist (BGH, Beschl. v. 18.12.2014, Az.: IX ZB 34/14), können nur **kurze Fristen** gesetzt und nur in außergewöhnlichen Fällen verlängert werden. Werden die Auskünfte zunächst nur unvollständig oder lückenhaft erteilt, können oft nur noch sehr kurze Fristen zur Ergänzung gesetzt werden. Daher füllen Sie die Formulare unbedingt sorgfältig vollständig und richtig aus, um kurzfristige Rückfragen zu vermeiden. Beachten Sie auch, dass Sie die Vollständigkeit und Richtigkeit Ihrer Angaben versichern müssen. Wenn Sie nachträglich etwas ändern oder ergänzen, müssen Sie daher zu meist alle Formulare noch einmal vorlegen.

Das richtige und vollständige Ausfüllen mag teilweise kompliziert erscheinen. Dies ändert jedoch nichts daran, dass Sie zur vollständigen und richtigen Auskunftserteilung verpflichtet sind. Unter Umständen müssen Sie

sich Hilfe und Unterstützung suchen. Bedenken Sie aber, dass z. B. Ihr Steuerberater nur das weiß, was Sie ihm mitgeteilt oder an Unterlagen gegeben haben. Für korrekte Angaben sind allein Sie verantwortlich. Unvollständige oder unrichtige Angaben können nämlich in jedem Fall nachteilige Folgen für Sie haben:

Falls Sie Restschuldbefreiung erlangen möchten, wären vorsätzliche oder auch nur grob fahrlässige Angaben ein Grund dafür, diese zu versagen. Außerdem kann eine etwaige Stundung der Verfahrenskosten aufgehoben werden.

Das Verheimlichen oder Beiseiteschaffen von Vermögensgegenständen oder das Vortäuschen von Rechten anderer oder das Anerkennen erdichteter Rechte ist strafbar nach § 283 StGB.

Das Gericht kann Sie auffordern, an Eides Statt zu versichern, dass Ihre Angaben vollständig und richtig sind. In diesem Fall wären unrichtige oder unvollständige Angaben sogar bei leichter Fahrlässigkeit strafbar, also bereits wenn Sie die erforderliche Sorgfalt nur geringfügig außer Acht gelassen hätten.

Beachten Sie, dass Sie alle Unterlagen an den dafür vorgesehenen Stellen eigenhändig unterschreiben müssen. Eine Übersendung als signiertes elektronisches Dokument ist nur zulässig, wenn die Signatur vom Schuldner stammt (nicht etwa von einem Verfahrensbevollmächtigten). **Eine Übersendung per E-Mail (auch als Anhang) ist nicht zulässig.**

Wenn Sie selbst *keinen* Insolvenzantrag stellen wollen, lassen Sie die Formulare „*Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens*“, „*Abtretungserklärung*“ und „*Stundungsantrag*“ unausgefüllt und senden diese nicht zurück.

Wenn Sie selbst Insolvenzantrag stellen möchten, lassen Sie das Formular auf der folgenden Seite weg und übersenden Sie alle anderen Formulare. (Falls Sie *keine* Restschuldbefreiung beantragen, lassen Sie die „*Abtretungserklärung*“ und den „*Stundungsantrag*“ weg.)

Beachten Sie, dass diese Formulare *nicht* für das Verbraucherinsolvenzverfahren geeignet sind. Vielmehr sind dafür ausschließlich die gesetzlich angeordneten Formulare zu verwenden, weil sonst der Antrag unzulässig ist.

Welches Verfahren ist das richtige?

Waren Sie jemals (auch im Nebenerwerb) selbständig tätig *oder* persönlich haftender Gesellschafter einer Personengesellschaft (z. B. GbR, OHG) *oder* geschäftsführender Mehrheitsgesellschafter einer Kapitalgesellschaft (z. B. AG, GmbH, UG (haftungsbeschränkt))?

- ➔ nein: dann ist für Sie allein das Verbraucherinsolvenzverfahren statthaft ✘
- ➔ ja, bin ich immer noch: das Regelinsolvenzverfahren ist statthaft, diese Formulare sind geeignet ✓
- ➔ ja, aber die Tätigkeit ist eingestellt.
 - ↳ haben Sie entweder mehr als 19 Gläubiger *oder* bestehen Forderungen aus Arbeitsverhältnissen (z. B. Arbeitsentgelt, Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge) gegen Sie als ehemaligem Arbeitgeber
 - ➔ ja: das Regelinsolvenzverfahren ist statthaft, diese Formulare sind geeignet ✓
 - ➔ nein: dann ist für Sie allein das Verbraucherinsolvenzverfahren statthaft ✘

Das Amtsgericht Regensburg respektiert alle Geschlechtsidentitäten. Soweit in den Formularen generisch nur ein Geschlecht verwendet wird, dient dies der besseren Lesbarkeit und bezieht alle anderen Geschlechter mit ein.

<p>Auskünfte im Insolvenz- antragsverfahren</p> <p>(nur verwenden wenn <i>kein</i> Eigenantrag gestellt wird)</p>	Name, Vorname der Schuldnerin/des Schuldners		Anrede: <input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr
	Straße und Hausnummer		
	Postleitzahl und Ort		
	falls von der genannten Anschrift abweichend: regelmäßiger Aufenthalt (wochentags):		
	Telefonische Erreichbarkeit (tagsüber):	Telefax:	
	Mobiletelefon:	E-Mail:	
Verfahrensbevollmächtigte/r			

An das
Amtsgericht Insolvenzgericht
Straubing
Kolbstraße 11, 94315 Straubing

I. Stellungnahme	<p>Ich stelle keinen Antrag, über mein Vermögen das Insolvenzverfahren zu eröffnen.</p> <p>Ich kann mehr als <u>90 % aller fälligen Verbindlichkeiten</u> und <u>alle</u> in den nächsten drei Wochen fällig werdende Verbindlichkeiten innerhalb von <u>drei Wochen</u> bezahlen.</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> ungewiss <input type="checkbox"/> nein (Falls Sie sich dennoch nicht für zahlungsunfähig halten sollten, erläutern Sie auf einem Beiblatt detailliert die Gründe!)</p> <p><input type="checkbox"/> Ich möchte zum Insolvenzantrag Stellung nehmen und lege dazu ein Schreiben bei.</p>
-------------------------	--

Hinweis: Restschuldbefreiung kann nur erlangt werden, wenn selbst ein Insolvenzantrag gestellt wird.

II. Kernangaben zu §§ 3, 22a InsO	1. Geschäftsbetrieb		
	Ist der Geschäftsbetrieb bereits eingestellt ?	<input type="checkbox"/> Ja (in diesem Falle sind die folgenden drei Fragen nicht zu beantworten)	<input type="checkbox"/> Nein
	2. Nur falls der Geschäftsbetrieb noch nicht eingestellt ist:		
	Der Mittelpunkt der selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit liegt in (Ort):		
	a. Beträgt die Bilanzsumme des vorangegangenen Geschäftsjahres mindestens 6 Millionen Euro?	<input type="checkbox"/> Ja Betrag:	<input type="checkbox"/> Nein
	b. Betragen die Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag mindestens 12 Millionen Euro?	<input type="checkbox"/> Ja Betrag:	<input type="checkbox"/> Nein
c. Hatten Sie im vorangegangenen Geschäftsjahr im Jahresdurchschnitt mehr als 49 Arbeitnehmer ?	<input type="checkbox"/> Ja Anzahl: Arbeitnehmer	<input type="checkbox"/> Nein	

<p>III. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten §§ 97, 20 InsO</p> <p>Entbindung von Verschwiegenheits- pflichten</p>	<p>Ich weiß, dass ich als Schuldner/in gesetzlich verpflichtet bin, dem Insolvenzgericht über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse vollständig und wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen, <u>auch wenn ich selbst keinen Insolvenzantrag stelle oder mit dem Insolvenzantrag nicht einverstanden bin.</u></p> <p>Ich weiß, dass ich auch alle nachträglich eintretenden Änderungen ungefragt mitteilen muss, wenn sie für das Insolvenzverfahren von Bedeutung sein könnten.</p> <p>Ich weiß, dass mein gesamtes Vermögen und alles, was ich während des Insolvenzverfahrens erlange, zur Insolvenzmasse gehört. Es ist dem Insolvenzverwalter ungefragt zu offenbaren und abzuliefern. (Ausgenommen sind nur die in § 36 InsO bestimmten Gegenstände.)</p> <p>Ich weiß, dass ich mich <i>jederzeit</i> zur Erteilung von Auskünften und Erfüllung meiner Mitwirkungspflichten zur Verfügung stellen muss (§§ 97 Abs. 3, 20 InsO). Ein Verstoß hiergegen kann zu erheblichen Nachteilen bis hin zu Zwangsmaßnahmen führen. Wenn ich mich zeitweilig nicht an meinem Wohnort aufhalte (z. B. auf Montage, Auslandsaufenthalt, Kur...), informiere ich Gericht/Insolvenzverwalter und stelle sicher, dass mich alle Schreiben zeitnah erreichen und ich umgehend darauf reagieren kann.</p> <p>Können erforderliche Auskünfte durch Dritte, insbesondere durch Banken und Sparkassen, sonstige Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erteilt werden, so obliegt es mir, auf Verlangen des Gerichts alle Personen und Stellen, die Auskunft über meine Vermögensverhältnisse geben können, von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit zu befreien.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich befreie alle Personen und Stellen, die aufgrund ihrer amtlichen und beruflichen Stellung Auskunft über meine Vermögensverhältnisse geben können (insbes. Kreditinstitute, Versicherungen, Sozial- und Finanzbehörden, Rechtsanwälte, Steuerberater) von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber dem Insolvenzgericht und einer/m von diesem bestellten Insolvenzsachverständigen oder vorläufigen Insolvenzverwalter/in.</p>
--	---

<p>IV. Versicherungen</p>	<p>Ich versichere, dass ich die Auskünfte in diesem Formular und allen zugehörigen Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen vollständig und richtig gemacht habe.</p> <p>Dies setzt voraus, dass alle Angaben sorgfältig geprüft wurden, damit keine Gläubiger und keine Vermögensgegenstände vergessen wurden.</p> <p>Meine Auskunfts- und Mitwirkungspflichten (s. oben unter III.) sind mir bekannt.</p> <p>Ich weiß, dass <i>alle</i> Vermögensgegenstände anzugeben sind, ungeachtet dessen, ob sie meiner Meinung nach zur Insolvenzmasse gehören oder nicht. Auch Vermögensgegenstände, die sich im Ausland oder bei anderen Personen befinden, müssen angegeben werden.</p> <p>Das Verheimlichen oder Beiseiteschaffen von Vermögensgegenständen oder das Vortäuschen von Rechten anderer oder das Anerkennen erdichteter Rechte ist strafbar nach § 283 StGB.</p>
--------------------------------------	---

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens Regelinsolvenz (§ 13 InsO) nat. Person	Name, Vorname der Schuldnerin/des Schuldners		Anrede: <input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr
	Straße und Hausnummer		
	Postleitzahl und Ort		
	falls von der genannten Anschrift abweichend: regelmäßiger Aufenthalt (wochentags):		
	Telefonische Erreichbarkeit (tagsüber):	Telefax:	
	Mobiletelefon:	E-Mail:	
Verfahrensbevollmächtigte/r			

An das
Amtsgericht Insolvenzgericht
Straubing
Kolbstraße 11, 94315 Straubing

I. Eröffnungsantrag	<p>Ich stelle den Antrag, über mein Vermögen das Insolvenzverfahren zu eröffnen.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich übe aktuell eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit aus. Der Mittelpunkt dieser Tätigkeit liegt in [Ort]: _____.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich habe früher eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt und habe</p> <p style="margin-left: 20px;"><input type="checkbox"/> mehr als 19 unterschiedliche Gläubiger <input type="checkbox"/> Schulden als Arbeitgeber aus Arbeitsverhältnissen (z. B. Lohnsteuer, Sozialvers.)</p> <p><i>(Falls keine der beiden Punkte auf Sie zutrifft, ist dieser Antrag nicht statthaft und Sie müssen einen Antrag auf Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens stellen!)</i></p> <p>Es besteht der Insolvenzgrund der:</p> <p><input type="checkbox"/> Zahlungsunfähigkeit <input type="checkbox"/> drohenden Zahlungsunfähigkeit.</p>
----------------------------	--

II. 1. Restschuldbefreiung	<input type="checkbox"/> Ich stelle den Antrag auf Restschuldbefreiung (§ 287 InsO). <i>(Die Anlage „Abtretungserklärung“ muss beigelegt sein.)</i>	<input type="checkbox"/> Restschuldbefreiung wird nicht beantragt.
II. 2. Erklärung zum Antrag auf Restschuldbefreiung	<p>Ich erkläre,</p> <p>a) dass ich einen Antrag auf Restschuldbefreiung</p> <p><input type="checkbox"/> noch nie gestellt habe. <i>(Nummern II 2.b oder c sind nicht auszufüllen.)</i></p> <p><input type="checkbox"/> bereits gestellt habe am _____ <i>(Datum, Aktenzeichen, Gericht)</i> <i>(Nummern II.2.b oder c <u>sind</u> auszufüllen.)</i></p>	

	<p>b) dass mir Restschuldbefreiung</p> <p><input type="checkbox"/> erteilt wurde (Nummer II.2.c ist nicht auszufüllen.)</p> <p><input type="checkbox"/> versagt wurde (Nummer II.2.c <u>ist</u> auszufüllen.)</p> <p>mit Entscheidung des Amtsgerichts – Insolvenzgericht – _____</p> <p>vom _____ Aktenzeichen: _____</p> <p>c) dass die Versagung der Restschuldbefreiung erfolgte auf Grund</p> <p><input type="checkbox"/> rechtskräftiger Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten (§ 297 InsO).</p> <p><input type="checkbox"/> vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Auskunft- und Mitwirkungspflichten nach der Insolvenzordnung (§ 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO).</p> <p><input type="checkbox"/> vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger oder unvollständiger Angaben in der nach § 287 Abs. 1 Satz 3 InsO abzugebenden Erklärung und im Vermögens-, Gläubiger- und Forderungsverzeichnis und der Vermögensübersicht (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).</p> <p><input type="checkbox"/> Verletzung der Erwerbsobliegenheit ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens (§ 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO).</p> <p><input type="checkbox"/> einer Obliegenheitsverletzung im Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist (§ 296 InsO).</p> <p><input type="checkbox"/> eines erst nach dem Schlusstermin oder nach Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bekannt gewordenen Versagungsgrundes nach § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6, 7 InsO (§ 297a InsO).</p> <p><input type="checkbox"/> keines der genannten Gründe (z. B. <input type="checkbox"/> Nichtzahlens der Treuhändervergütung, § 298 InsO).</p>
--	--

<p>III. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten §§ 97, 20 InsO</p> <p>Entbindung von Verschwiegenheits- pflichten</p>	<p>Ich weiß, dass ich als Schuldner/in gesetzlich verpflichtet bin, dem Insolvenzgericht über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse vollständig und wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen.</p> <p>Ich weiß, dass ich auch alle nachträglich eintretenden Änderungen ungefragt mitteilen muss, wenn sie für das Insolvenzverfahren von Bedeutung sein könnten.</p> <p>Ich weiß, dass mein gesamtes Vermögen und alles, was ich während des Insolvenzverfahrens erlange, zur Insolvenzmasse gehört. Es ist dem Insolvenzverwalter ungefragt zu offenbaren und abzuliefern. (Ausgenommen sind nur die in § 36 InsO bestimmten Gegenstände.)</p> <p>Ich weiß, dass ich mich <i>jederzeit</i> zur Erteilung von Auskünften und Erfüllung meiner Mitwirkungspflichten zur Verfügung stellen muss (§§ 97 Abs. 3, 20 InsO). Ein Verstoß hiergegen kann auch zur Versagung der Restschuldbefreiung führen. Wenn ich mich zeitweilig nicht an meinem Wohnort aufhalte (z. B. auf Montage, Auslandsaufenthalt, Kur...), informiere ich Gericht/Insolvenzverwalter und stelle sicher, dass mich alle Schreiben zeitnah erreichen und ich umgehend darauf reagieren kann.</p> <p>Können erforderliche Auskünfte durch Dritte, insbesondere durch Banken und Sparkassen, sonstige Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erteilt werden, so obliegt es mir, auf Verlangen des Gerichts alle Personen und Stellen, die Auskunft über meine Vermögensverhältnisse geben können, von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit zu befreien.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich befreie alle Personen und Stellen, die aufgrund ihrer amtlichen und beruflichen Stellung Auskunft über meine Vermögensverhältnisse geben können (insbes. Kreditinstitute, Versicherungen, Sozial- und Finanzbehörden, Rechtsanwälte, Steuerberater) von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber dem Insolvenzgericht und einer/m von diesem bestellten Insolvenzsachverständigen oder vorläufigen Insolvenzverwalter/in.</p>
--	---

IV. Kernangaben zu § 22a InsO	1. Geschäftsbetrieb		
	Ist der Geschäftsbetrieb bereits eingestellt ?	<input type="checkbox"/> Ja (in diesem Falle sind die folgenden drei Fragen nicht zu beantworten)	<input type="checkbox"/> Nein
	2. Nur falls der Geschäftsbetrieb noch nicht eingestellt ist:		
	a. Beträgt die Bilanzsumme des vorangegangenen Geschäftsjahres mindestens 6 Millionen Euro?	<input type="checkbox"/> Ja Betrag:	<input type="checkbox"/> Nein
	b. Betragen die Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag mindestens 12 Millionen Euro?	<input type="checkbox"/> Ja Betrag:	<input type="checkbox"/> Nein
c. Hatten Sie im vorangegangenen Geschäftsjahr im Jahresdurchschnitt mehr als 49 Arbeitnehmer ?	<input type="checkbox"/> Ja Anzahl: Arbeitnehmer	<input type="checkbox"/> Nein	

V. Hinweis bei Eilbedürftigkeit	<p>Falls eine besondere Eilbedürftigkeit bestehen sollte und sofortige Maßnahmen wie etwa die Einsetzung eines vorläufigen Insolvenzverwalters für erforderlich gehalten werden, so ist das Gericht diesbezüglich aufmerksam zu machen und hierauf unbedingt gesondert hinzuweisen.</p> <p>Heften Sie in diesem Fall unbedingt das Hinweisblatt auf Eilbedarf vor diesen Antrag und füllen sie es sorgfältig und vollständig aus.</p> <p>Eilbedarf ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ohne sofortige Maßnahmen negative Auswirkungen für die Insolvenzmasse oder die Fortführungsaussichten des Betriebs zu befürchten wären (z.B. ausstehende oder unmittelbar bevorstehende Lohnzahlung, unmittelbar bevorstehende Vollstreckungen, Lieferstopp von Zulieferern etc.).</p>
--	--

VI. Versicherungen	<p>Ich versichere, dass ich die Auskünfte in diesem Formular und allen zugehörigen Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen vollständig und richtig gemacht habe.</p> <p>Dies setzt voraus, dass alle Angaben sorgfältig geprüft wurden, damit keine Gläubiger und keine Vermögensgegenstände vergessen wurden.</p> <p>Der Verstoß gegen diese Auskunfts- und Mitwirkungspflicht ist – auch wenn überhaupt kein Gläubiger dadurch einen Nachteil hatte – gemäß § 290 Abs. 1 InsO ein Grund zur Versagung der Restschuldbefreiung, selbst wenn der Verstoß nicht absichtlich oder vorsätzlich, sondern nur grob fahrlässig geschieht.</p> <p>Meine Auskunfts- und Mitwirkungspflichten (s. oben unter III.) sind mir bekannt.</p> <p>Ich weiß, dass <i>alle</i> Vermögensgegenstände anzugeben sind, ungeachtet dessen, ob sie meiner Meinung nach zur Insolvenzmasse gehören oder nicht. Auch Vermögensgegenstände, die sich im Ausland oder bei anderen Personen befinden, müssen angegeben werden.</p> <p>Das Verheimlichen oder Beiseiteschaffen von Vermögensgegenständen oder das Vortäuschen von Rechten anderer oder das Anerkennen erdichteter Rechte ist strafbar nach § 283 StGB.</p>
-------------------------------	--

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Hinweise:

Mit diesem Formular *allein* ist der Insolvenzantrag noch *nicht* zulässig und das Insolvenzgericht kann – selbst bei offensichtlichem Eilbedarf – noch nicht tätig werden.

Von Gesetzes wegen muss zwingend auch das **Gläubiger- und Forderungsverzeichnis** mit *eigenhändiger* Versicherung der Vollständigkeit und Richtigkeit vorgelegt werden. Die Ankündigung, es nachzureichen oder später (etwa durch eine Kreditorenliste aus der Buchhaltung) zu ergänzen, ist unbehelflich.

Außerdem müssen die wesentlichen Merkmale des Eröffnungsgrundes (Zahlungsunfähigkeit oder drohende Zahlungsunfähigkeit) *dargetan* werden. Hierzu genügt es *nicht*, diesen Eröffnungsgrund lediglich im Formular anzukreuzen. (Regelmäßig kann der Eröffnungsgrund dargetan werden durch Vorlage der **Anlagen „laufendes Einkommen“ und „Vermögensverzeichnis“**.)

Soweit die Verfahrenskosten (geringstenfalls 2.029,90 €) weder aus der Insolvenzmasse bestritten werden können noch von einem Dritten vorgeschossen werden, müsste der Insolvenzantrag mangels Masse abgewiesen werden, wenn kein Antrag auf Verfahrenskostenstundung gestellt wird. Fügen Sie daher Ihrem Antrag ggfs. den **Antrag auf Stundung der Verfahrenskosten** bei.

Anlage 1

Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO

(Diese Erklärung ist zwingend erforderlich, wenn Restschuldbefreiung beantragt wird, andernfalls bitte dieses Blatt entfernen!)

I. Erläuterungen zur Abtretungserklärung

Die nachfolgende Abtretung umfasst alle Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge, also:

- jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeits- und Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene,
- Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstleistungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen,
- Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für die Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,
- Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gezahlt werden, Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wenn diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,
- Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder der Bundesanstalt für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen Erwerbsunfähigkeit oder der Arbeitslosigkeit,
- alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehenden Bezüge.

Teilen Sie zur Vermeidung von Nachteilen unverzüglich dem Treuhänder mit falls Sie ein neues oder zusätzliches Beschäftigungsverhältnis eingehen.

Wenn Sie in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist eine selbständige Tätigkeit ausüben, müssen Sie die Insolvenzgläubiger durch Zahlungen an den gerichtlich bestellten Treuhänder so stellen, wie wenn Sie ein angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wären (§ 295a Abs. 1 InsO).

Wenn Sie vor Beendigung des Insolvenzverfahrens eine selbständige Tätigkeit ausüben möchten, müssen Sie dies mit dem Insolvenzverwalter abklären, § 35 Abs. 2 u. 3 InsO.

Bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens fallen (auch ohne Abtretung) alle pfändbaren Bezüge und jeglicher Vermögenserwerb (außer aus vom Insolvenzverwalter freigegebener selbständiger Tätigkeit) in die Insolvenzmasse und sind ungefragt an den Insolvenzverwalter abzuliefern.

II. Abtretungserklärung

Für den Fall der gerichtlichen Bestimmung eines Treuhänders (§ 288 Satz 2 InsO) trete ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Dauer der Abtretungsfrist nach § 287 Abs. 2 InsO an den Treuhänder ab.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage 2

Antrag auf Stundung der Verfahrenskosten

– nicht für juristische Personen (z. B. GmbH) –

Ich beantrage die Bewilligung von Verfahrenskostenstundung für das Insolvenzeröffnungsverfahren und das Insolvenzverfahren.

Ein Antrag auf Restschuldbefreiung

- ist beigefügt
 wurde bereits mit Schreiben vom _____ gestellt.

In den letzten fünf Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung oder nach diesem Antrag bin ich wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283 c StGB (Bankrott, besonders schwerer Bankrott, Verletzung der Buchführungspflicht, Gläubigerbegünstigung) zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten

- verurteilt worden.
 nicht verurteilt worden.

- Die Verfahrenskosten können aus meinem Vermögen nicht erbracht werden.
 Die Verfahrenskosten können von einem Dritten in Höhe von _____ erbracht werden.

Angaben zum Ehegatten (gilt auch für eingetragene Lebenspartner i. S. v. § 1 LPartG)

- Ich bin **nicht** / nicht mehr verheiratet und lebe nicht / nicht mehr in eingetragener Lebenspartnerschaft.
(In diesem Fall sind weitere Angaben nicht erforderlich)

Name, Vorname (und Anschrift, falls abweichend von Schuldneranschrift) des Ehegatten:

Zeitpunkt der Eheschließung: _____ ggf. Zeitpunkt der Trennung _____

- Mein Ehegatte bezieht ALG II / Hilfe zum Lebensunterhalt (in Bedarfsgemeinschaft mit mir).
Wenn ein aktueller Bescheid beigefügt wird, sind weitere Angaben entbehrlich.
- Mein Ehegatte hat selbst Insolvenzantrag gestellt
 zusammen mit mir
 am _____ beim Amtsgericht _____, Aktenzeichen: _____

Wirtschaftliche Verhältnisse des Ehegatten:

monatliches Nettoeinkommen des Ehegatten	<input type="checkbox"/> Keines	<input type="checkbox"/> ja, i.H.v.
sonstige laufende Einnahmen des Ehegatten	<input type="checkbox"/> Keine	<input type="checkbox"/> ja, i.H.v.
Vermögen des Ehegatten	<input type="checkbox"/> Keines	<input type="checkbox"/> ja, i.H.v.
Schulden des Ehegatten	<input type="checkbox"/> Keine	<input type="checkbox"/> ja, i.H.v.
monatl. Zahlungsverpflichtungen des Ehegatten	<input type="checkbox"/> Keine	<input type="checkbox"/> ja, i.H.v.

Hinweis: Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners sind auch erforderlich, wenn die Verschuldung nichts mit der Ehe/Partnerschaft zu tun hat (z. B. bei vorehelichen Schulden).

Versicherung:

Ich versichere hiermit, dass meine Angaben vollständig und wahr sind. Mir ist bekannt, dass bei vorsätzlich oder grob fahrlässig falschen Angaben die Stundung aufgehoben werden kann.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage 3

Personalbogen: Angaben zur Person

Name		Akademischer Grad	
Vorname(n)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	
Geburtsname		frühere(r) Name(n)	
Geburtsdatum	Geburtsort	Nationalität	
Wohnanschrift Straße, Nr.		ggfs. Adresszusatz (z. B. c/o...)	
Postleitzahl	Ort		
ggfs. von Wohnanschrift abweichender aktueller Aufenthalt (wochentags)			
Telefon (privat)		Mobil	
Telefax		E-Mail	

Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet seit _____	<input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft begründet seit _____ <input type="checkbox"/> beendet seit _____	<input type="checkbox"/> geschieden seit _____	<input type="checkbox"/> getrennt lebend seit _____	<input type="checkbox"/> verwitwet seit _____
	Name und Anschrift des Ehepartners/Lebenspartners:					
	Güterstand:		<input type="checkbox"/> Zugewinnngemeinschaft <input type="checkbox"/> Gütergemeinschaft <input type="checkbox"/> Gütertrennung <input type="checkbox"/>			
	Ehe-/Partnerschaftsvertrag:		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, vom _____			

Unterhaltsberechtigten Personen	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, Anzahl: _____, davon minderjährig: _____ <i>(Einzelheiten siehe Ergänzungsblatt J zum Vermögensverzeichnis)</i>
--	-------------------------------	---

Beruf	Erlernete(r) oder früher ausgeübte(r) Beruf(e)	Berufsabschluss	zuletzt ausgeübt bis	
	Aktuelle / letzte berufl. Tätigkeit (<i>Berufsbild</i>) <input type="checkbox"/> aktuell / <input type="checkbox"/> bis _____ als _____		<input type="checkbox"/> selbstständig / <input type="checkbox"/> abhängig beschäftigt <input type="checkbox"/> hauptberuflich / <input type="checkbox"/> nebenberuflich	
	<input type="checkbox"/> aktuell / <input type="checkbox"/> bis _____ als _____		<input type="checkbox"/> selbstständig / <input type="checkbox"/> abhängig beschäftigt <input type="checkbox"/> hauptberuflich / <input type="checkbox"/> nebenberuflich	
	Angaben zur Selbständigkeit <input type="checkbox"/> zurzeit selbstständig als _____ <input type="checkbox"/> ehemals bis _____ selbstständig als _____ <input type="checkbox"/> persönlich haftender Gesellschafter einer OHG, KG, GbR <input type="checkbox"/> geschäftsführender Allein-/Mehrheitsgesellschafter einer Kapitalgesellschaft <input type="checkbox"/> Ich war nie selbständig tätig.		<input type="checkbox"/> Land-/Forstwirtschaft <input type="checkbox"/> Gewerbe <input type="checkbox"/> Freiberuflich Tätigkeit <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____	
	<input type="checkbox"/> zurzeit unselbstständig als <input type="checkbox"/> Arbeiter(in) <input type="checkbox"/> Angestellte(r) <input type="checkbox"/> Beamte(r) <input type="checkbox"/> Aushilfe <input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar _____		<input type="checkbox"/> zurzeit keine Beteiligung am Erwerbsleben, weil <input type="checkbox"/> Rentner(in)/Pensionär(in) seit _____ <input type="checkbox"/> arbeitslos seit _____ <input type="checkbox"/> Schüler(in) / Student(in) bis _____ <input type="checkbox"/> Hausmann/Hausfrau seit _____ <input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar: _____	
Ich übe einen Nebenjob aus: <input type="checkbox"/> nein / <input type="checkbox"/> ja, als _____				

zuständiges Finanzamt	Finanzamt _____	Steuernummer: _____
------------------------------	-----------------	---------------------

Beschäftigte			
Gesamtanzahl der Beschäftigten		davon mithelfende Familienangehörige ohne Arbeitsverhältnis:	
Arbeitnehmer	Anzahl:		
<input type="checkbox"/> Alle Arbeitsverhältnisse sind bereits beendet und abgewickelt oder es hat nie welche gegeben. ⇒ weitere Angaben hier nicht erforderlich			
Anzahl Vollzeitkräfte	ungekündigt:		gekündigt zum _____ :
Anzahl Teilzeitkräfte	ungekündigt:		gekündigt zum _____ :
davon geringfügig Beschäftigte	ungekündigt:		gekündigt zum _____ :
Auszubildende	ungekündigt:		gekündigt zum _____ :
Gibt es Arbeitnehmer, die aufgrund spezieller Kenntnisse/Fertigkeiten für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs unersetzlich sind?			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nicht mehr, denn Geschäftsbetrieb ist/wird eingestellt <input type="checkbox"/> ja: Anzahl: _____ davon gekündigt: _____ Lohnrückstände für diese ANehmer: € _____			

Löhne und Gehälter			
monatliche Brutto-Lohnsumme	ca.		nächste Lohnfälligkeit am: _____
Lohnrückstände	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	seit: _____	in Höhe von ca.: _____
Lohnbuchhaltung	<input type="checkbox"/> intern im Betrieb <input type="checkbox"/> extern durch: _____		Stand der Lohnbuchhaltung: <input type="checkbox"/> aktuell <input type="checkbox"/> _____

Krankenkassen der Arbeitnehmer			
Name/Bezeichnung	Anschrift	es bestehen Rückstände iHv.ca.	keine Rückstände
			<input type="checkbox"/>

Buchhaltung			
Geschäfts- und Buchführungsunterlagen befinden sich	<input type="checkbox"/> in den Geschäftsräumen (Hauptsitz/Zentrale)		
	<input type="checkbox"/> bei d. Schuldner(in)		
	<input type="checkbox"/> bei Steuerberater(in) s.u. <input type="checkbox"/> bei der nachfolgenden Person:		
	Name	Straße, Hausnummer	
	Ort/PLZ:	Telefon:	
Stand der Buchhaltung:	(weitgehend) vollständig und ordnungsgemäß	bis	Datum <input type="checkbox"/> aktuell
	nur in Grundzügen mit größeren Lücken	seit	Datum <input type="checkbox"/> seit jeher
	keinerlei geordnete Buchführung	seit	Datum <input type="checkbox"/> seit jeher
<i>Hinweis: Eine unvollständige Buchhaltung entbindet den Schuldner nicht von der Verpflichtung, sich sorgfältig einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschaffen (auch wenn dies aufwändig ist), denn die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben im Vermögensverzeichnis und im Gläubiger- und Forderungsverzeichnis muss ausdrücklich versichert werden.</i>			
Jahresabschlüsse/Bilanzen:	<input type="checkbox"/> nein (lediglich Einnahmen-Überschuss-Rechnung) zuletzt erstellt zum _____ ⇒ bitte beifügen <input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/> ja (Jahresabschluss/Bilanz) zuletzt erstellt zum _____ ⇒ bitte beifügen <input type="checkbox"/>		
Die Unterlagen sind aufbewahrt <input type="checkbox"/> bei den Buchführungsunterlagen (s. oben) <input type="checkbox"/> anderswo, nämlich: _____			
Steuerberater(in)	Name	Straße, Hausnummer	
	Ort/PLZ:	Telefon:	
Finanzamt	Finanzamt	Steuernummer: _____	
	Finanzamt	Steuernummer: _____	für Steuerart: _____

Anlage 5 (1)

Gläubiger- und Forderungsverzeichnis (Verzeichnis der Gläubiger und der gegen den/die Schuldner/in gerichteten Forderungen, § 13 Abs. 1 S. 3 InsO)

Nr.	(vollständiger) Name des Gläubigers oder korrekte Firmenbezeichnung	zustellfähige Anschrift (kein Postfach/Bevollmächtigter)	genaue Höhe der Gesamtforderung in Euro	(aussagekräftiger) Forderungsgrund	Forderung noch nicht fällig? (z. B. bei Stundung/ Ratenvertrag)	Forderung tituliert	Sicherung des Gläubigers
Höchste Forderungen (ungesichert oder gesichert)							
1					<input type="checkbox"/> erst ab:	<input type="checkbox"/>	
2					<input type="checkbox"/> erst ab:	<input type="checkbox"/>	
Höchste gesicherte Forderungen							
					<input type="checkbox"/> erst ab:	<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/> erst ab:	<input type="checkbox"/>	
Bestimmte Forderungen							
	Finanzverwaltung Finanzamt				<input type="checkbox"/> erst ab:	<input type="checkbox"/>	
	Sozialversicherungsträger/Krankenkasse				<input type="checkbox"/> erst ab:	<input type="checkbox"/>	
	Sozialversicherungsträger/Krankenkasse				<input type="checkbox"/> erst ab:	<input type="checkbox"/>	
	aus betrieblicher Altersvorsorge				<input type="checkbox"/> erst ab:	<input type="checkbox"/>	

Weitere Forderungen	<input type="checkbox"/> Weitere Gläubiger und Forderungen sind nicht vorhanden. <input type="checkbox"/> Ich füge diesem Blatt insg. _____ Ergänzungsblätter „Anlage 5 (2)“ bei, auf welchen die weiteren gegen mich bestehenden Forderungen aufgeführt sind. <input type="checkbox"/> Ich füge diesem Blatt einen Ausdruck der Kreditorenliste bei, auf welchen die weiteren gegen mich bestehenden Forderungen aufgeführt sind. <i>(Bitte darauf achten, dass die Liste die genauen Gläubigerbezeichnungen, Adressen und alle hier abgefragten Informationen enthält!)</i>
----------------------------	--

Gesamtsumme	Die Summe aller Forderungen der Gläubiger (inkl. Ergänzungsblätter/beigefügten Kreditorenliste) beträgt <i>(unbedingt angeben!)</i> :	<input style="width: 90%;" type="text"/> €
--------------------	---	--

Versicherung	Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in diesem Gläubiger- und Forderungsverzeichnis (einschließlich beigefügter Ergänzungsblätter/Listen) versichere ich. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können und dass die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).
---------------------	--

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage 6

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen (Verzeichnis des vorhandenen Vermögens und der Einkünfte)

I. Belehrungen und Hinweise

Sie müssen gemäß §§ 97, 20 InsO dem Insolvenzgericht und dem Insolvenzverwalter über *alle* das Verfahren betreffende Verhältnisse Auskunft geben. Dies gilt auch bezüglich Einkommen und Vermögen, das nicht in einem der Formulare angesprochen wird. Wenn Sie während des Insolvenzverfahrens weiteres Vermögen erwerben oder bemerken, dass Sie Vermögensgegenstände in diesen Verzeichnissen vergessen haben, müssen Sie dies dem Insolvenzverwalter *unbefragt* offenbaren.

Sie müssen *alle* Vermögensgegenstände und jegliches Einkommen angeben, ganz gleich ob Betriebsvermögen oder „privat“, pfändbar oder nicht, massezugehörig oder nicht, im Inland oder im Ausland befindlich. Wenn eine andere Person Vermögensgegenstände von Ihnen erhalten hat, um sie (und sei es auch im eigenen Namen) treuhänderisch zu halten oder zu verwalten, müssen Sie dies angeben. Das Verheimlichen oder Beiseiteschaffen von Vermögensgegenständen ist strafbar nach § 283 StGB.

Sie müssen von Gesetzes wegen sogar Tatsachen offenbaren, die geeignet sind, eine Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit herbeizuführen. Ihre diesbezüglichen Auskünfte dürfen in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Sie oder einen Angehörigen allerdings nicht verwendet werden (soweit Sie nicht zustimmen).

II. Erklärung zum Vermögens- verzeichnis

Meine Vermögensverhältnisse und mein Einkommen habe ich in den anliegenden Ergänzungsblättern vollständig und richtig aufgelistet. Soweit ich Ergänzungsblätter nicht ausgefüllt oder nicht vorgelegt habe, waren darin keinerlei Angaben zu machen.

Ich lege folgende Ergänzungsblätter vor:

- A (Bargeld, Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen)
- B (Hausrat, Mobilien, Kautionen, Wertgegenstände und Fahrzeuge)
- C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)
- D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)
- E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)
- F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)
- G (Einkünfte)
- H (Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen)
- J (Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen)
- K (Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen)
- L (Betriebliches Vermögen)

Ich habe noch weiteres Vermögen oder weitere Einkünfte, die ich in keinem der Ergänzungsblätter angegeben habe, nämlich:

III. Versicherung der Vollständigkeit und Richtigkeit

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Vermögensverzeichnis und den beigefügten Ergänzungsblättern enthaltenen Angaben versichere ich.

Ich versichere, dass ich in den nicht beigefügten oder nicht ausgefüllten Ergänzungsblättern keine Angaben zu machen habe.

Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtigen oder unvollständige Angaben strafbar sein können und dass mir die Restschuldbefreiung versagt oder die Stundung der Verfahrenskosten aufgehoben werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt A

Bargeld, Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehnsforderungen etc.

1.	Bargeld <i>(auch geringfügige Beträge sind anzugeben)</i>	in EUR, sonst Währung angeben	
1.1	Ich verfüge über den nachfolgenden Betrag an Bargeld.		
2.	Konten <i>(auch Konten ohne Guthaben sind anzugeben!) (Bezeichnung der Kontonummern, genaue Bezeichnung der kontoführenden Stelle)</i>	Stichtag	Kontostand in EUR
2.1 2.1.1	Girokonten (z. B. Gehaltskonto) <input type="checkbox"/> Zahlungen für mich gehen teilweise auf Konten Dritter (z. B. Ehegatte) ein <i>(auf Zusatzblatt erläutern!)</i>		
2.2 2.2.1	Termin- oder Festgeldkonten		
2.3 2.3.1	Fremdwährungsgeldkonten		
2.4 2.4.1	Sparkonten, Sparverträge		
2.5 2.5.1	Raten- und Bausparverträge		
2.6 1.6.1	Sonstige Konten, z. B. auch PayPal, Prepaid-Kreditkarten, elektron. Zahlungsmittel etc.		
3.	Wertpapiere, Schuldbuchforderungen und sonstige Darlehnsforderungen <i>(genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)</i>	Stichtag	Kurs- oder Verkehrswert in EUR
3.1 3.1.1	Investmentfondsanteile <i>(ggfs. Depot-Auszug beifügen)</i>		
3.2 3.2.1	Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere, Obligationen		
3.3 3.3.1	Schuldbuchforderungen		
3.4 3.4.1	Wechselforderungen		
3.5 3.5.1	Scheckforderungen		
3.6 3.6.1	Forderungen aus Hypotheken oder Grundschulden		
3.7 3.7.1	Gesellschafterdarlehen		
3.8 3.8.1	Sonstige Forderungen aus Darlehen oder ähnlichen Geldanlagen		
3.9 3.9.1	Kryptowährungen (z.B. Bitcoin) o.ä.		
3.10 3.10.1	Gutscheine, Gutschriften, Geldwertkarten (z. B. PaysafeCard)		

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt B

Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände, Kautions und Fahrzeuge

1.	Hausrat, sonstiges Mobiliar oder Wertgegenstände	Wert in EUR
1.1 1.1.1	Bescheidene Lebensführung übersteigende Hausratsgegenstände, Vorräte, Küchenmaschinen, Möbel, Fernseher, Spielekonsolen, Computer, Tablets, Smartphones, sonstige elektronische Geräte, wertvolle Kleidungsstücke, sonstige wertvolle Gebrauchsgegenstände (z. B. Kameras, Waffen, Sportgeräte, optische Geräte, Werkzeuge, Sportgeräte, Fahrräder u.ä.)	
1.2 1.2.1	Sonstige Wertgegenstände (wie z. B. wertvolle Bücher, Kunstobjekte, Antiquitäten, Musikinstrumente, Uhren, Schmuck, Sammlungen, Gegenstände aus Edelmetall, Edelsteine, Perlen, Goldmünzen, Haustiere, Weine/Spirituosen etc.)	
1.3 1.3.1	Bauten auf fremden Grundstücken (z. B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)	

2.	Kautions	Betrag in EUR
2.1	Ich habe eine Mietkaution hinterlegt: Name und Anschrift des/der Vermieters/in	
	Ich habe eine weitere Mietkaution hinterlegt: Name und Anschrift des/der Vermieters/in	

3.	Kraftfahrzeuge <small>(Bitte Typ/Fabrikat, Kennzeichen, Baujahr, km-Leistung und Aufbewahrungsort des Fahrzeugbriefes angeben)</small>	Wert in EUR
3.1 3.1.1	PKW <input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> geleast	
	<input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> geleast	
3.2 3.2.1	LKW <input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> geleast	
3.3 3.3.1	Wohnwagen, Anhänger u.ä. <input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> geleast	
3.4 3.4.1	Motorräder, Mopeds u.ä. <input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> geleast <input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> geleast	
3.5 3.5.1	Land- und forstwirtschaftliche Maschinen, Geräte u.ä. <input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> geleast	

4.	Erklärung zu unpfändbaren Gegenständen
	<input type="checkbox"/> Die Gegenstände unter laufender Nummer _____ werden zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit benötigt. Begründung:

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt C

Forderungen (z. B. aus Versicherungsverträgen), Rechte aus Erbfällen

1.	Forderungen	Wert in EUR
1.1	Forderungen aus Versicherungsverträgen <i>(Name und Anschrift der Versicherungsgesellschaft oder Kasse und Vertragsnummer, Versicherungsleistung bzw. Beitragsrückzahlung, ggfs. Rückkaufwert, Name des Begünstigten)</i>	
	Kapital-Lebensversicherungsverträge, Sterbekassen	
	private Rentenversicherungen	
	private Krankenversicherung	
	sonstige Versicherungen (z.B. Ansprüche gegen Hausrat-, Haftpflichtversicherung, sonstige verwertbare Versicherung)	
1.2	Rückständiges Arbeitseinkommen <i>Name / Firma, vollständige Anschrift des Arbeitgebers, Art des rückständigen Einkommens (z. B. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, rückständiger Lohn von – bis)</i>	
1.2.1		
1.3	Steuererstattungsansprüche Finanzamt Steuernummer Die Steuererklärung wurde zuletzt abgegeben für das Kalenderjahr	
1.4	Sonstige Zahlungsansprüche, z. B. aus Schadensfällen oder aus noch nicht erfüllten Verträgen (Nicht: betriebliche Außenstände) <i>Name / Firma, vollständige Anschrift des Schuldners, Art des Zahlungsanspruchs (genaue Bezeichnung des Rechtsgrunds; ggf. Angaben zur Einbringlichkeit der Forderung)</i>	
1.4.1		
1.5	Forderungen/Außenstände aus der selbständigen Tätigkeit sind in Ergänzungsblatt L einzutragen	s. Ergänzungsblatt L
2.	Rechte und Ansprüche aus Erbfällen <i>(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z. B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer fortgesetzten Gütergemeinschaft etc.)</i>	Wert in EUR

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt D

Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken

1. Genaue Bezeichnung des Grundvermögens <i>(evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen)</i>				
lfd. Nr.	Lage des Objektes (Straße, Ort), Nutzungsart	Grundbuchbezeichnung (Amtsgericht, Grundbuchbezirk, Band, Blatt)	Eigentumsanteil	Verkehrswert in EUR (ca.)
1.1 1.1.1	Eigentum an Grundstücken oder Eigentumswohnungen			
1.2 1.2.1	Erbbaurechte			
1.3 1.3.1	Grunddienstbarkeiten, Nießbrauchsrechte			
1.4 1.4.1	Sonstige im Grundbuch eingetragene Rechte			

2. Belastungen dieses Grundvermögens <i>(evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen)</i>				
lfd. Nr. zu 1.	Art der Belastung	Grundbucheintragung in a) Abteilung b) lfd. Nr.	Name des Gläubigers	Wert der derzeitigen Belastung in EUR

3. Ist die Zwangsversteigerung oder -verwaltung dieses Grundstückes angeordnet?				
lfd. Nr. zu 1.	Zwangsversteigerung	Zwangsverwaltung	Zuständiges Amtsgericht (mit Geschäftszeichen)	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt E

Beteiligungen (Aktien, Genussrechte, sonstige Beteiligungen)

1.	Aktien, Genussrechte und sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, KGaA) <i>– evtl. gesonderte Aufstellung oder Depotauszug beifügen –</i>			
lfd. Nr.	a) Beteiligungsform b) Name und Anschrift der Gesellschaft c) WKN, Depot-Nr. und -bank bzw. Registergericht mit HRB-Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Kurs- bzw. Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
1.1				
2.	Beteiligung an Personengesellschaften (oHG, KG, Partnerschaftsgesellschaft, Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, EWIV u.ä.) <i>– evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –</i>			
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Gesellschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts unter HRA-Nr. c) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
2.1				
3.	Beteiligungsform als stiller Gesellschafter <i>– evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –</i>			
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift des Unternehmens b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter HRA/HRB-Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
3.1				
4.	Beteiligungen an Genossenschaften <i>(auch Anteile von Genossenschaftsbanken, Spar- und Darlehnskassen)</i> <i>– evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –</i>			
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Genossenschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter Nr.		Geschäftsguthaben in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
4.1				

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt F**Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen**

1.	Immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Urheber-, Marken-, Patent-, Verlags- oder ähnliche Rechte)	
lfd. Nr.	Genaue Bezeichnung und – soweit registriert – Angabe der Registerbehörde (z. B. Deutsches Patentamt), des Geschäftszeichens der Registerbehörde; Angaben über Nutzungsverträge u.ä.	Wert in EUR
1.1		

2.	Sonstiges Vermögen	
lfd. Nr.		Wert in EUR
2.1		

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt G (1)

Einkünfte

I. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und sonstigen Dienstverhältnissen

Berufliche Tätigkeit (Aufgabenbereich)	Berufliche Tätigkeit				
Genauer Name (Firma) und Anschrift des Arbeitgebers oder der sonstigen auszahlenden Stelle	Name / Firma				
	Straße		Hausnummer		
	PLZ	Ort			
	Personal-Nr. o.ä.				
	<input type="checkbox"/> Lohn- oder Gehaltsbescheinigungen der letzten 2 Monate sind beigelegt. <input type="checkbox"/> Lohn- oder Gehaltsbescheinigungen sind <i>nicht</i> beigelegt, weil _____				
Weitere Beschäftigung	<input type="checkbox"/> Ich gehe noch einer weiteren Beschäftigung nach (auch z. B. Nebenjob, Übungsleitertätigkeit etc.). <i>Bitte diese Seite für jedes Beschäftigungsverhältnis gesondert ausfüllen.</i>				
			Zahlungsweise	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Auszahlungsbetrag in EUR
1. Arbeitseinkommen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	monatlich		
2. Zulagen (durchschnittlich)	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	monatlich		
3. Zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers (z. B. vermögenswirksame Leistungen)	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	monatlich		
4. Weihnachtsgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	jährlich		
5. Urlaubsgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	jährlich		
6. Einkünfte aus sonstigen Dienstverhältnissen, Aufwandsentschädigungen und gewinnabhängige Tantiemen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	monatlich		
			jährlich		
7. Abfindungen bei Beendigung eines Dienst- oder	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	gesamt		
8. Trinkgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	durchschnittlich monatlich		

II. Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit (auch im Nebenerwerb, z. B. Nebenerwerbslandwirtschaft)

Berufliche Tätigkeit (Aufgabenbereich)	Berufliche Tätigkeit	<input type="checkbox"/> Eine selbstständige Tätigkeit wird nicht mehr ausgeübt.
	durchschnittlicher Umsatz (monatlich)	durchschnittlicher Überschuss/Verlust (monatlich)
	<input type="checkbox"/> Einnahmen/Ausgabenübersicht der letzten drei Monate liegt bei. <input type="checkbox"/> Einnahmen/Ausgabenübersicht der letzten drei Monate liegt <i>nicht</i> bei, weil _____	

III. Einkünfte im Rahmen des Ruhestands

		Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatlicher Auszahlungsbetrag in EUR
1. Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Rentenbescheid ist beigefügt	
2. Versorgungsbezüge	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Versorgungsbescheid ist beigefügt.	
3. Betriebsrenten	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Rentenbescheid ist beigefügt	
4. Sonstige fortlaufende Einkünfte infolge des Ausscheidens aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Nachweis ist beigefügt	
5. Renten aus privaten Versicherungs- oder Sparverträgen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Vertrags-Nr.: <input type="checkbox"/> Nachweis ist beigefügt	

IV. Unterhaltszahlungen (die Sie von anderen Personen erhalten)

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatlicher Auszahlungsbetrag in EUR
<i>Name, vollständige Anschrift der unterhaltspflichtigen Person(en)</i>			

V. Leistungen aus öffentlichen Kassen

			Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatlicher Zahlungsbetrag in EUR
1. Arbeitslosengeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
2. ALG II	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
3. Krankengeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
4. Sozialhilfe	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
5. Wohngeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
6. Unterhaltsvorschuss	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
7. Kindergeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
8. Berufs- oder Erwerbs- unfähigkeitsrenten	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
9. Hinterbliebenen-, Unfall-, Kriegsopferrenten	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
10. Sonstige Leistungen aus öffentlichen Kassen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen: <input type="checkbox"/> Bewilligungsbescheid ist beigefügt		

VI. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <i>(auch unregelmäßige Vermietung, z. B. Ferienwohnung, Airbnb...)</i> Bezeichnung des Miet- oder Pachtobjekts; Name und Anschrift der Mieter oder Pächter	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

VII. Zinseinkünfte und sonstige laufende Einkünfte (z. B. Lizenzeeinnahmen, Tantiemen, Einspeisevergütung etc.)

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja genaue Bezeichnung der Einkunftsart; Name und Anschrift der zahlungspflichtigen Person oder Stelle	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

VIII. Sonstige Einkünfte/Zuwendungen Dritter/Sachbezüge *(auch unregelmäßig)*

--

IX. Lebensunterhalt bei Einkommenslosigkeit

Falls Sie sämtliche Fragen I. – VIII. mit NEIN beantwortet haben oder sich ein geringeres Einkommen unterhalb des ALG-II-Regelsatzes ergibt, stellen Sie dar wie Sie ihren Lebensunterhalt bestreiten:

--

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt H

Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

1. Eigentumsvorbehalte, Sicherungsübereignungen				
lfd. Nr.	Gegenstand	Datum des Vertrags	Name und Anschrift des Verkäufers bzw. Sicherungsnehmers	Restschuld (ca.) in EUR
1.1				

2. Lohnabtretungen, Sicherungsabtretungen						
lfd. Nr.	Abgetretene Forderung (z. B.: Lohn/Gehalt bei Fa. ..., Ansprüche aus Lebensversicherung ...)	Abtretung ist offen gelegt	pfändbarer Teil wird abgetreten	Datum der Abtretung	Name und Anschrift des Lohn- bzw. Sicherungsabtretungs- gläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
2.1		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			

3. Freiwillige Verpfändungen				
lfd. Nr.	Verpfändeter Gegenstand bzw. verpfändete Forderung	Datum der Verpfändung	Name und Anschrift des Pfandgläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
3.1				

4. Zwangsvollstreckungen und Pfändungen (z.B. Lohnpfändung)					
lfd. Nr.	Gegenstand (z. B. Lohn, Konto...) der Zwangsvollstreckung / Pfändung	Gerichtsvollzieher und DR-Nr. des Pfändungsprotokolls bzw. Gericht und Aktenzeichen des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	Datum der Maßnahme	Name des Gläubigers (und Nr. gemäß Gläubiger- und Forderungsverzeichnis)	Restschuld (ca.) in EUR
4.1					

5. Möglicherweise anfechtbare Rechtshandlungen		
	Ich habe Altforderungen erfüllt oder Leistungen zur Abwendung drohender Zwangsvollstreckung erbracht,	Betrag in EUR
5.1	im letzten Monat vor dem Insolvenzantrag	<input type="checkbox"/> nein / <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von ca.
5.2	im zweiten und dritten Monat vor dem Insolvenzantrag	<input type="checkbox"/> nein / <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von ca.

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt J

Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen

I. Unterhaltsleistungen an Angehörige	Name, Vorname und Geburtsdatum, Anschrift (nur, wenn sie von Ihrer Anschrift abweicht)	Familienverhältnis <i>(Kind, Ehegatte, Eltern, Lebenspartner, usw.)</i>	Unterhaltsleistung	Eigene Einnahmen der Empfänger
	1. Name, Vorname Geburtsdatum: Anschrift: <input type="checkbox"/> wie ich		<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> Barunterhalt monatlich geschuldet: € tats. gezahlt: €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto € <input type="checkbox"/> Nicht bekannt
	2. Name, Vorname Geburtsdatum: Anschrift: <input type="checkbox"/> wie ich		<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> Barunterhalt monatlich geschuldet: € tats. gezahlt: €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto € <input type="checkbox"/> Nicht bekannt
	3. Name, Vorname Geburtsdatum: Anschrift: <input type="checkbox"/> wie ich		<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> Barunterhalt monatlich geschuldet: € tats. gezahlt: €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto € <input type="checkbox"/> Nicht bekannt
	4. Name, Vorname Geburtsdatum: Anschrift: <input type="checkbox"/> wie ich		<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> Barunterhalt monatlich geschuldet: € tats. gezahlt: €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto € <input type="checkbox"/> Nicht bekannt
	5. Name, Vorname Geburtsdatum: Anschrift: <input type="checkbox"/> wie ich		<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> Barunterhalt monatlich geschuldet: € tats. gezahlt: €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, monatlich netto € <input type="checkbox"/> Nicht bekannt

II. Wohnkosten	Wohnungsgröße in qm	Kaltmiete monatlich in EUR	Nebenkosten monatlich in EUR	Gesamtmiete monatlich in EUR	Ich zahle darauf monatlich EUR	Mitbewohner zahlen monatlich EUR

III. Weitere wesentliche Zahlungsverpflichtungen, besondere Belastungen	Art der Verpflichtung bzw. außergewöhnlichen Belastung <small>(z. B. Lebensversicherungsbeiträge, Verpflichtungen aus Kredit-, Abzahlungskauf- oder Leasingverträgen, Pflege- und Krankheitsaufwendungen)</small>	Monatliche Höhe der Verpflichtung bzw. Belastung	Mitverpflichtete zahlen darauf monatlich in EUR

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt K

Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen

1.	Unentgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenständen (Schenkungen)			
	Ich habe in den letzten 4 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgende Geldbeträge, Forderungen oder Gegenstände verschenkt (<i>gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke von geringem Wert sind nicht anzugeben, wohl aber regelmäßige Zuwendungen gleich welcher Höhe</i>):			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
lfd. Nr.	Name und Anschrift des Empfängers	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
1.1				

2.	Entgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenständen an nahestehende Personen			
	Ich habe in den letzten 2 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgender nahestehenden Person folgende Vermögensgegenstände (auch Forderungen) entgeltlich veräußert:			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
lfd. Nr.	Name der nahestehenden Person (§ 138 InsO)	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
2.1	<input type="checkbox"/> Ehegatte oder Lebenspartner <i>(vor, während oder nach der Ehe oder Lebenspartnerschaft)</i>			
2.2	<input type="checkbox"/> Lebensgefährte oder andere Personen, die mit mir in häuslicher Gemeinschaft leben oder im letzten Jahr vor der Veräußerung gelebt haben			
2.3	<input type="checkbox"/> meine oder meines Ehegatten Kinder oder Enkelkinder			
2.4	<input type="checkbox"/> meine oder meines Ehegatten Eltern, Großeltern, Geschwister und Halbgeschwister			
2.5	<input type="checkbox"/> Ehegatten der zuvor genannten Personen			
2.6	<input type="checkbox"/> Juristische Personen (z. B. AG, GmbH...) oder Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit (z. B. OHG, KG...), bei denen ich oder eine der in Nr. 2.1 bis 2.5 genannten Personen als Mitglied des Vertretungs- oder Aufsichtsorgans, als persönlich haftender Gesellschafter oder zu mehr als einem Viertel an deren Kapital beteiligt sind			
2.7	<input type="checkbox"/> Sonstige nahestehende Personen gem. § 138 Abs. 1 Inso:			

Vermögensverzeichnis für natürliche Personen – Ergänzungsblatt L

spezifisches Betriebsvermögen und Außenstände

Vermögen

<i>hier nicht abgefragte Vermögensgegenstände des Betriebsvermögens (z. B. Kfz, Patente, Schadensersatzansprüche, Mieteinnahmen etc.) sind auf den anderen Ergänzungsblättern anzugeben</i>		Sicherungsrechte	geschätzter (Verkaufs-)Wert, ohne Abschreibungen, nicht Bilanzwert
1. Büro-, Geschäftsausstattung und Ladeneinrichtung	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja – und zwar <input type="checkbox"/> vgl. beiliegende Aufstellung*	<input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> verpfändet <input type="checkbox"/> Vermieterpfandrecht <input type="checkbox"/> geleast <input type="checkbox"/> Fremdeigentum	
2. Werkstätten-Wirtschafts- oder Fabrikeinrichtungen	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja – und zwar <input type="checkbox"/> vgl. beiliegende Aufstellung*	<input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> verpfändet <input type="checkbox"/> Vermieterpfandrecht <input type="checkbox"/> geleast <input type="checkbox"/> Fremdeigentum	
3. Waren- und Erzeugnisse, Vorräte	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja – und zwar <input type="checkbox"/> vgl. beiliegende Aufstellung*	<input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> verpfändet <input type="checkbox"/> Vermieterpfandrecht <input type="checkbox"/> geleast <input type="checkbox"/> Fremdeigentum	
4. sonstiges spezifisches Betriebsvermögen	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja – und zwar <input type="checkbox"/> vgl. beiliegende Aufstellung*	<input type="checkbox"/> sicherungsübereignet <input type="checkbox"/> verpfändet <input type="checkbox"/> Vermieterpfandrecht <input type="checkbox"/> geleast <input type="checkbox"/> Fremdeigentum	

* Falls Unterlagen aus der Buchhaltung (z. B. Anlagenspiegel) vorgelegt werden, müssen die (geschätzten) aktuellen Verkaufswerte (nicht die Anschaffungs-/Herstellungskosten) der Gegenstände angegeben werden ohne Berücksichtigung von Abschreibungen. Ggfs. sind die Unterlagen entsprechend zu ergänzen.

5. Kassenbestand	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja – Aufbewahrungsort:		
-------------------------	--	--	--

6. Außenstände: s. beiliegende Debitorenliste (die hier abgefragten Angaben bitte ggfs. dort ergänzen)

≅	Name und Anschrift des Schuldners	Forderungsgrund (z. B. Lieferung/Leistung etc.)	Forderung fällig ab/seit	Forderung vss. nicht einbringlich weil...	Forderung tituliert	Summe aller Forderungen gegen diesen Schuldner
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	
					<input type="checkbox"/>	

Verwenden Sie dieses Blatt nur, wenn der Insolvenzantrag in besonderem Maße eilbedürftig ist!

Sonst legen Sie Ihren Antrag bitte *ohne* dieses Blatt vor!

An das
Amtsgericht – Insolvenzgericht – Straubing
Kolbstraße 11
94315 Straubing

Der anliegende Insolvenzantrag ist in besonderem Maße eilbedürftig. [Das Verfahren wird nur bevorzugt behandelt, wenn die folgenden Angaben ausgefüllt sind!]

Dies ergibt sich aus folgendem Grund:

.....

.....

[ggfs. auf Rückseite/Zusatzblatt fortsetzen]

Es muss bis zum [Datum, ggfs. Uhrzeit]

etwas veranlasst werden, nämlich:

sonst droht ein erheblicher Nachteil, nämlich:

[ggfs. auf Rückseite/Zusatzblatt fortsetzen]

Zusatzangaben bei Eilbedarf:

Der Geschäftsbetrieb läuft aktuell noch. Es sind Arbeitnehmer vorhanden. / Keine Arbeitnehmer vorhanden.

Derzeit verfügbare (liquide) Mittel sind vorhanden in Höhe von

Löhne sind bislang bezahlt./ Es bestehen Lohnrückstände seit i. H. v.

Nächste Lohnzahlung (Gesamtsumme:) wird fällig am

Es ist ein Rechtsstreit anhängig. Rechtsanwalt ist beauftragt. Es läuft bis folgende Frist:

Zum [Datum] ist folgende Zwangsvollstreckungsmaßnahme angekündigt:

Ich weiß, dass das Insolvenzgericht auch bei größtem Eilbedarf *nur* tätig werden kann, wenn der anliegende Insolvenzantrag zulässig ist. Auch vorläufige Sicherungsmaßnahmen setzen stets voraus, dass der Insolvenzantrag zulässig ist. Ich habe daher trotz aller Eile die anliegenden Insolvenzantragsformulare sorgfältig bearbeitet und vollständig und richtig ausgefüllt. Dies gilt in besonderem Maße für das Gläubiger- und Forderungsverzeichnis, § 13 Abs. 1 S. 3 InsO. Es genügt keinesfalls, eine Gläubigerliste nachzureichen.

Ich weiß, dass ich mich von Gesetzes wegen im Insolvenzverfahren *jederzeit* zur Erteilung von Auskünften und Erfüllung meiner Mitwirkungspflichten zur Verfügung stellen muss (§§ 97 Abs. 3, 20 InsO).

Ich bin unter folgender Telefonnummer jederzeit erreichbar:

x

(Unterschrift)